



Lörrach, den 23.10.2018

Antrag der SPD-Fraktion Seniorenbeauftragte/r – Erhöhung des Stellenanteils auf 100%

Die SPD-Fraktion beantragt die Erhöhung des Stellenanteils der Seniorenbeauftragten von bislang 50% auf 100%.

Begründung:

In 2015 hat der Stadtrat die Einrichtung der Stelle eine/r Seniorenbeauftragten sowie die Einrichtung des Seniorenbeirates ebenso einstimmig beschlossen wie in 2017 die Erhöhung des Budgets des Seniorenbeirates und die Entfristung der zunächst auf zwei Jahre begrenzten Stelle eines/r Seniorenbeauftragten mit einem Stellenanteil von 50%.

Beide leisten eine hervorragende Arbeit, die niemand mehr missen möchte.

Die Herausforderungen des demographischen Wandels für die Stadt werden jedoch noch zunehmen: bereits in 2016 war jeder fünfte Lörracher über 65 Jahre alt; die Prognosen des Landkreises gehen davon aus, dass dieser Anteil ebenso weiter zunehmen wird wie der Anteil der pflegebedürftigen Menschen. Schon allein der damit verbundene Anstieg an Aufgaben sollte seine Entsprechung in einer Erhöhung des Stellenanteils finden.

Vor allem aber kommt noch hinzu, dass eine der Aufgaben der Seniorenbeauftragten die Bündelung und Koordination aller Seniorenthemen innerhalb der Verwaltung ist (vgl. Beschlussvorlage 015/2015)). Dabei geht es nicht nur um „weiche“ Faktoren wie beispielweise Veranstaltungen und Freizeitangebote und die Integration der „aktiven“ Senioren in die Stadtgesellschaft, sondern auch um die strukturellen Herausforderungen des demographischen Wandels in Bereichen wie Mobilität, Infrastruktur und vor allem Wohnen – dies gerade auch für diejenigen Senioren, die nicht mehr so aktiv sein können. So findet auch die sich verschärfende Problematik der zunehmenden Pflegebedürftigkeit derzeit im Stellentableau unserer Verwaltung noch keine Entsprechung.

Angesichts des umfangreichen und herausfordernden Aufgabenfeldes des/r Seniorenbeauftragten hat die SPD-Fraktion schon bei der erstmaligen Einrichtung der Stelle des Seniorenkoordinators in Frage gestellt, ob eine Stellenbesetzung mit nur 50 % ausreichend ist und in der Folge immer wieder eine Erhöhung eingefordert.





Aktuell ist bereits eine Ausweitung des derzeitigen Programms aus personellen Gründen nicht möglich. Vor allem aber der noch wachsende Bedarf an konzeptioneller und strategischer Arbeit hinsichtlich der strukturellen Erfordernisse (Wohnen, Mobilität, Infrastruktur) des demographischen Wandels erfordern nun dringend eine Anpassung des Stellenumfangs.

Christiane Cyperrek

Günter Schlecht

Hubert Bernnat

